

**Deutscher Bundestag**  
**Kommission Parlamentsrechte**  
**bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr**  
- PA 26 -  
Ausschussdrucksache  
**18(26)016a**

Thesenpapier  
des Sachverständigen Prof. Dr. Wolfgang Wagner  
Vrije Universiteit Amsterdam  
(Freie Universität Amsterdam)

für die 5. Sitzung  
der Kommission Auslandseinsätze der Bundeswehr

zur teilöffentlichen Sitzung

am 11. September 2014,  
ab 11.00 Uhr

Prof. Dr. Wolfgang Wagner  
Vrije Universiteit Amsterdam

Thesenpapier

Anhörungssitzung der Kommission zur Überprüfung und Sicherung der  
Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr am  
Donnerstag, 11. September 2014

Hauptthese: Der Parlamentsvorbehalt ist in seiner jetzigen Form gelungen und bewährt.  
Es gibt keinen zwingenden Änderungsbedarf - auch nicht in Anpassung an die  
zunehmende militärische Integration innerhalb der NATO und der EU.

Gründe:

- 1) Der Parlamentsvorbehalt hat eine Praxis des kontinuierlichen Dialogs zwischen Bundesregierung und Bundestag über Einsätze der Bundeswehr gefördert.
- 2) Die Praxis des kontinuierlichen Dialogs zwischen Bundesregierung und Bundestag über Einsätze der Bundeswehr macht es dem Bundestag möglich, gegebenenfalls innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen zu treffen.
- 3) Der Parlamentsvorbehalt trägt dazu bei, dass sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise in der politischen Elite Deutschlands breit gestreut ist.
- 4) Die frühe Einbindung des Bundestages trägt zur Berechenbarkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bei.
- 5) Ein internationaler Vergleich macht deutlich, dass der deutsche Parlamentsvorbehalt kein Sonderfall ist.
- 6) Zwischen der fortschreitenden Verzahnung und Integration im Bereich der europäischen Fähigkeitsentwicklung und dem Parlamentsvorbehalt gibt es unbestreitbar Spannungen. Allerdings sollte die Bedeutung des Parlamentsvorbehalts für den bislang fehlenden Einsatz der EU-Battlegroups nicht überschätzt werden.
- 7) In einigen anderen westeuropäischen Staaten sind die Parlamente bei Entscheidungen über militärische Einsätze in den letzten Jahren gestärkt worden.